

Eine zweite Chance für Basel

Anfang Februar 2010 ergriff der Gewerbeverband Basel-Stadt zusammen mit einer breiten Allianz aus Wirtschafts- und Verkehrsverbänden sowie den bürgerlichen Parteien das Referendum gegen das Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Stadt Basel. Innert wenigen Wochen ist das Referendum mit 5391 Unterschriften zustande gekommen.

Die vom Basler Grossen Rat verabschiedete Parkraumbewirtschaftung ist nicht tragbar. Man kann nicht den Parkraum künstlich verknapfen und diesen dann zu hohen Preisen bewirtschaften. Damit werden nicht nur neue Gebühren geschaffen, sondern es findet auch eine Verlagerung der Verkehrsprobleme in die Nachbargemeinden statt. Denn mit dem vorliegenden Parkraumbewirtschaftungskonzept werden Pendler, Stadtbesucher, Kunden und Touristen zwangsläufig in die Nachbargemeinden ausweichen, um einen günstigeren Parkplatz zu suchen. Oder sie ziehen es vor, gar nicht mehr erst in die Stadt Basel zu kommen, was für den Wirtschaftsstandort fatal wäre. Aber auch die Anwohner würden mit dem neuen System massiv zur Kasse gebeten, wenn sie sich innerhalb der Stadt mit dem Auto frei bewegen – und zwischenzeitlich auch mal ihr Auto parken – wollen.

Zunächst muss es möglich sein, in den Quartieren auf privatem Grund zusätzlichen Parkraum zu erstellen – was in vielen Schweizer Kantonen schon seit langem problemlos möglich ist, darf in Basel seitens der Behörden nicht länger erschwert werden. Daher lancierte der Gewerbeverband zeitgleich auch die kantonale Volksinitiative «Ja zu Parkraum auf privatem Grund», für die ebenfalls schon über 3'500 Unterschriften eingereicht werden konnten. Mit Annahme der Initiative durch das Stimmvolk könnten Arbeitgeber ihren Mitarbeitern sowie Hauseigentümer ihren Mietern und Besuchern endlich einen gesicherten Parkplatz in unmittelbarer Nähe zur Verfügung stellen.

Pendlerinnen und Pendler aus dem In- und Ausland darf man im Weiteren nicht mit Strafzöllen belasten, solange die Angebote des öffentlichen Verkehrs noch nicht ausreichend und zu wenig attraktiv sind. Aus diesem Grund ist auch die ebenfalls vom Gewerbeverband lancierte Initiative «Ja zu regionalen Park-and-Ride-Anlagen» zu unterstützen, welche die Errichtung von zusätzlichen Park-and-Ride-Anlagen an der Stadtgrenze fordert.

Bei einer Annahme dieser beiden Initiativen könnten zuerst die notwendigen flankierenden Massnahmen getroffen werden, bevor ein flächendeckendes Parkraumbewirtschaftungskonzept eingeführt wird. Das vom Parlament verabschiedete Konzept ist ideologisch geprägt und zielt einmal mehr darauf ab, den motorisierten Individualverkehr aus der Stadt Basel zu verbannen. Man will den Bürgern mit neuen Gebühren Geld abknöpfen, mit welchem dann erst in einem zweiten Schritt die Rahmenbedingungen zur bereits umgesetzten Parkraumbewirtschaftung realisiert werden sollen. Nicht zuletzt sollen mit diesem Geld auch über 30 neue Staatsstellen geschaffen werden, welche für die Umsetzung des Konzepts notwendig wären.

Das Referendum gegen eine solche Politik ist also von grösster Bedeutung. Der Basler Regierung wird damit die Chance gegeben, sich mit den Nachbarn auf eine vernünftige Parkraumpolitik zu einigen, welche den Standort Basel für Anwohner, Pendler, Kunden und Besucher möglichst attraktiv macht – und dabei die berechtigten Interessen sowohl der Autofahrer als auch der ÖV-Benutzer angemessen berücksichtigt.